

und der religiösen Extremismus zu bändigen oder Demokratie zu fördern?

Wie kann sich ein Land wie Pakistan, das sich so monumentalen ökonomischen, ethnischen, Sekten- und politischen Problemen gegenüber sieht, die Politik der Beteiligung an einem Krieg im Nachbarhaus rechtfertigen? Das war nur möglich wegen des vollständigen Schweigens und stillschweigenden Zustimmung der pakistanischen Politiker, des teilweisen Schweigens der Zivilgesellschaft und der Medien und des Beharren des Militärs auf die Beibehaltung des Status quo und seiner Ablehnung, politische Alternativen in Betracht zu ziehen. Das sind die Themen, die ich in den vergangenen zehn Jahren aufgeworfen habe. Was heute verzweifelt nötig ist, ist der Mut aller Pakistanis zu fragen, wohin uns diese Politik führt und Informationen und eine Debatte darüber zu verlangen, was sie für uns und die Zukunft unserer Kinder bedeutet.

Ich möchte nun zum Schluß kommen, aber nicht, bevor ich eine Entschuldigung ausgesprochen habe. In meinem bescheidenen Namen möchte ich mich bei dem mutigen afghanischen Volk für die Konsequenzen der pakistanischen Politik der vergangenen Jahre entschuldigen. Ich möchte mich bedingungslos für den Tod zahlloser Afghanen entschuldigen, der durch die pakistanische Einmischung verursacht wurde. Ich möchte mich für den Beitrag

entschuldigen, den wir zur Zerstörung Ihrer Städte, Ihrer Kultur, Ihrer Traditionen und Ihrer Freiheit, Ihre eigene Regierung zu wählen, geleistet haben. Als kleinen Tribut an das afghanische Volk möchte ich diesen Preis von 100.000 Rupien an die HRCP zurück geben, mit der Auflage, daß er zum Nutzen von Afghanistans leidenden Frauen und Kindern verwendet wird. Dieser Preis heißt Preis für Mut im Journalismus. Lassen Sie mich versichern, daß ich nicht besonders mutig bin. Ich habe nur versucht, meine Arbeit zu machen, in dem ich über einen Krieg berichte, dessen Ende ich als lebenswichtig für Pakistans Stabilität, Fortschritt und Selbstrespekt in der internationalen Gemeinschaft betrachte. Ich hoffe, daß Sie und andere Pakistani, besonders die schweigenden Politiker, den Mut aufbringen werden zu sprechen, so daß wir Freunde, und nicht Feinde, jenseits unserer Grenzen gewinnen und eine wirklich stabile, demokratische und fortschrittliche Heimat aufbauen.

Danke für Ihre Geduld.

Aus dem Englischen und leicht gekürzt von Jan Heller, Islamabad

## Verbrannte Erde in Yakaolang Neues Massaker der Taliban aufgedeckt

Jan Heller, Kabul

**Die afghanischen Taliban haben im Mai und Juni in Zentralafghanistan erneut Massaker an Zivilisten verübt. Die pakistanische Zeitung *Dawn* berichtet in ihrer Ausgabe vom 21. Juni, daß in den beiden Monaten in der Kreisstadt Yakaolang erneut über 100 Zivilisten von der ultraslamistischen Miliz umgebracht worden sind. Dies bestätigten frühere, aber noch nicht detaillierte Berichte, die unter Berufung auf anonyme UN-Quellen in die regionale Presse durchgesickert waren.**

Bereits am 15. Juni hatte sich UN-Generalsekretär Kofi Annan in einer Presseerklärung in New York „bestürzt“ über die „alarmierenden“ Berichte aus Yakaolang geäußert. Er hatte die internationale Gemeinschaft aufgefordert, „neue Herangehensweisen“ zu finden, „die weitere Mißachtungen (der Menschenrechte) verhindern und dem Klima der Straflosigkeit ein Ende setzen“. Internationale und afghanische Menschenrechtler beginnen bereits, Material für ein Aufarbeitung der afghanischen Greuelthaten durch einen internationalen Gerichtshof nach

Den Haager Muster zu sammeln.

Den Untersuchungen des *Dawn* zu Folge seien die meisten dieser Zivilisten in der zweiten Maiwoche ermordet worden, als die Taliban Yakaolang zum dritten Mal in diesem Jahr von ihren Gegnern zurück eroberten. Während der Kämpfe seien 110 Menschen getötet worden, davon 102 Zivilisten. Die Zeitung beruft sich bei diesen Angaben auf örtliche Kämpfer, die mit den Taliban verbündet sind, die Massaker jedoch ablehnen, da sie sich gegen ihre eigene ethnische Gruppe - die Hazara - richten. Unabhängige Quellen im benachbarten

Pakistan bestätigten, daß die meisten Ermordeten Hazara-Bauern, -Viehhirten und -Tagelöhner gewesen seien. Die Massaker seien von massiven Taliban-Bombenangriffen gegen die Stadt begleitet worden, denen auch paschtunische Nomaden zum Opfer gefallen seien. Am 10. Juni seien 50 Personen, die die Taliban als Mitglieder einer gegnerischen Partei bezeichnen, im zentralen Basar von Yakaolang-Nayak von „Todeschwadronen“ zusammengetrieben und summarisch hingerichtet worden. Weitere 60 „Kriegsgefangene“, bei denen es sich zumeist um an den Kämpfen nicht

beteiligte Bauern und Hirten aus der Region handeln soll, seien ins Kabuler Zentralgefängnis Pul-e Tscharchi verbracht worden.

Nachdem die Taliban im Juni Yakaolang zum vierten Mal besetzten, scheinen sie dem wechselnden Kriegsglück in diesem Gebiet ein für alle Mal ein Ende bereiten zu haben. Nachdem ein Krankenhaus und das örtliche *Oxfam*-Büro bereits bei den Bombardements zerstört worden waren, seien nun auch 500 Läden im Bazar, Privathäuser und öffentliche Gebäude, darunter die schiitische Moschee, sowie humanitäre UN-Büros niedergebrannt worden. Yakaolang hat damit aufgehört zu bestehen. Die zitierte Zeitung spricht von einer „Politik der verbrannten Erde“. Die Taliban zogen sich kurz danach zurück, um weiter westlich eine „leichter zu verteidigende Kampflinie“ zu errichten. Nach UN-Angaben

haben 60.000 Menschen die Region Yakaolang seit Jahresbeginn verlassen und verstärken das Heer der über 200.000 Binnenflüchtlinge in dem mittelasiatischen Land. Jedoch verweigern die Taliban-Behörden bisher internationalen Hilfsorganisationen, die Yakaolang-Flüchtlinge in Kabul und anderen Distrikten des Landes zu versorgen. Wie der *Dawn* weiter berichtet, seien zudem im Mai am Robatak-Paß, zwischen den afghanischen Nordprovinzen Baghlan und Samangan, 35 Angehörige der afghanischen Hazara-Minorität als so genannte Kriegsgefangene hingerichtet worden.

Bereits Mitte Januar hatten die Taliban in Yakaolang mehrere hundert der Zusammenarbeit oder Sympathie mit ihren Gegnern verdächtige Zivilisten systematisch zusammengetrieben und durch Sondereinsatzgruppen exekutiert. Die

US-Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hatte 170 der Opfer namentlich dokumentiert. Schätzungen der Opferzahl, die sich auf nicht genannt werden wollende Quellen in der Region Yakaolang bezögen, lagen jedoch noch höher, zwischen 250 und 400 Toten. Die Taliban haben bisher alle unabhängigen Untersuchungen der Massaker abgelehnt. Auch dem Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für Afghanistan, dem Bangladeshi Kamal Hossein, verwehrten sie zweimal die Einreise. Nachdem er deshalb für seinen Report unter anderem auf Informationen der Taliban-Gegner zurückgreifen mußte, beschuldigten sie ihn sogar der Lüge und parteiisch zu sein. Dabei verwiesen sie auch darauf, daß Hossein, wie die Opfer der Massaker, zur islamischen Minderheitsströmung der Schiiten gehöre.

## Nicht für das Leben, für das Jenseits lernen wir

### Afghanistans Taliban islamisieren das Bildungswesen weiter

Jan Heller, Kabul

„**G**estern, als ich nach Hause kam, fand ich meinen Sohn, der in die vierte Klasse geht, weinend über seinen Hausaufgaben. Er ist ein guter Schüler, und normalerweise hat er nach dem Essen noch nicht den Löffel aus der Hand gelegt, da ist er schon bei seinen Schulsachen“, erzählt ein Kabuler Bekannter. „Aber so hatte ich ihn noch nie gesehen“. Der Junge war über das neue Unterrichtsfach verzweifelt, das die Taliban mit Beginn des neuen Schuljahres zu unserem Frühlingsanfang in den Grundschulen eingeführt haben: Arabisch. Für afghanische Viertklässler eine fast unüberwindliche Hürde, denn ihre Muttersprache ist meist Dari, ein lokale Variante des Persischen, oder Pashtu, und beides sind indoeuropäische Sprachen, die trotz des gemeinsamen Alphabets mit dem Arabischen näher mit dem Deutschen verwandt sind. Doch die Taliban bauen derzeit ihr Bildungssystem völlig

um, nach „islamischen Prinzipien“, wie sie sie verstehen. Erstes sichtbares Zeichen war die Verordnung, daß die Schüler ab Klasse drei nun mit Turban im Unterricht zu erscheinen hätten. In den ersten Tagen des neuen Schuljahres sah man auf den Straßen herumlungernde Schüler - wegen fehlender „islamischer Kopfbedeckung“ des Unterrichts verwiesen. Vielen Kabuler Familien fehlt schlicht das Geld, ihren oft sechs und mehr Kindern einen Turban zu kaufen. Ab Klasse vier ist ein schwarzer Turban vorgeschrieben, der inzwischen auch den Staatsangestellten verordnet wurde. Die jüngeren Schüler haben einen weißen Turban zu tragen. Auch an den Universitäten wurde Turbanzwang verordnet - Studenten wie Lehrern, die ja ebenfalls Staatsangestellte sind. Taliban kontrollieren an den Toren, ob sich auch alle daran halten. Wer sich nicht der Anordnung fügt, wird notiert und möglicherweise bestraft. Gerüchten zu Folge soll ein

dreimaliger Verstoß für einen Hinauswurf reichen. Medizinstudenten fragen sich, ob sie nun auch mit Turban operieren sollen. Schließlich wiesen sie Mitte Mai auch die Betreiber privater Bildungseinrichtungen an, in denen häufig Computer- und Englisch-Sprachkurse durchgeführt werden, alle Schüler des Unterrichts zu verweisen, die keinen schwarzen Turban tragen.

Einer der Betreiber bestätigte gegenüber *Reuters* den Erhalt eines solchen Schreibens der Taliban-Behörden. Mit dem neuen Schuljahr traten überall in den Grundschulen auch neue Lehrpläne in Kraft. Sport und Zeichnen - Abbilder lebender Objekte zu schaffen, wird als „unislamisch“ betrachtet, auch den meisten Sportarten steht das Islamische Emirat Afghanistan skeptisch gegenüber - fielen für alle Schüler völlig weg, nur durch eine leichte Erhöhung der Stundenzahl für Kalligraphie kompensiert. Auch Geographie und Geschichte stehen